

## Newsletter 1 zur Studie

### Deutschland braucht Zuwanderung – Kanada kann als Vorbild dienen

Eine neue Studie des Berlin-Instituts untersucht, was Deutschland von der langjährigen Erfahrung Kanadas mit Zuwanderung und Integration lernen kann

Die deutsche Bevölkerung schrumpft und altert – schuld daran sind die bereits seit Jahrzehnten niedrigen Geburtenraten. Sie führen dazu, dass in den kommenden drei Jahrzehnten eine beispiellose Verrentungswelle auf Deutschland zukommt. Der prognostizierte Rückgang der Bevölkerung um zwölf Millionen Menschen bis 2050 wird sich infolge dessen vor allem bei den Personen im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 64 Jahren bemerkbar machen. Die geringere Zahl an Arbeitskräften wiederum verkleinert das Produktionspotenzial Deutschlands und schwächt die Wettbewerbsfähigkeit.

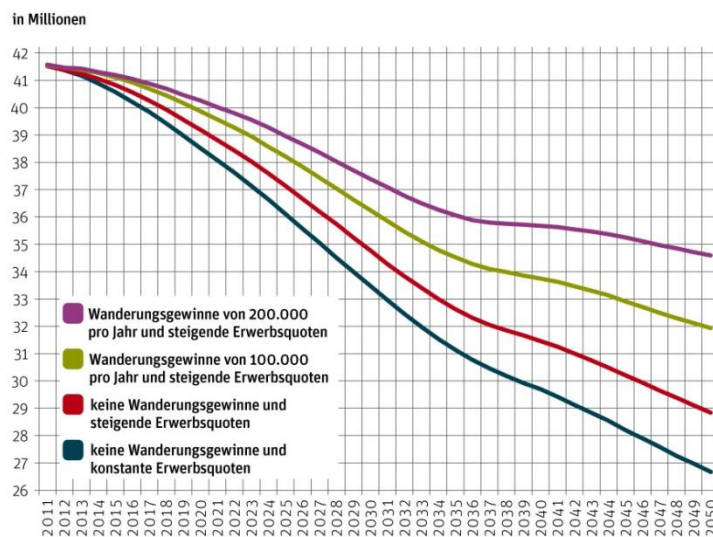
Deutschlands Unternehmen müssten ihre Produktivität steigern, mehr Ältere und mehr Frauen müssten eine Arbeit aufnehmen und die gering Qualifizierten müssten ihren Ausbildungsstand verbessern, um die beschriebene Entwicklung abzufedern – aber gänzlich stoppen lässt sie sich nicht. Um den volkswirtschaftlichen Schaden des demografischen Wandels gering zu halten, sollte Deutschland daher Arbeitskräfte aus dem Ausland anzuwerben – vor allem Hochqualifizierte werden in Zukunft benötigt.

Um die Erwerbsbevölkerung über Zuwanderung aufzufrischen, kann sich Deutschland langfristig nicht einzig auf Arbeitskräfte aus anderen EU-Staaten verlassen. Deren Zuzugszahlen lagen zwar in den letzten beiden Jahren vergleichsweise hoch, doch wird die Zahl an jungen abwanderungswilligen Arbeitskräften auch in vielen anderen EU-Ländern aus demografischen Gründen sinken.

## Aktivierung bisher ungenutzter Potenziale wird nicht reichen

### Entwicklung des Arbeitskräftepotenzials nach verschiedenen Szenarien bis 2050

Eigene Berechnungen auf Grundlage von: Statistisches Bundesamt



Wie viele Menschen in den nächsten Jahrzehnten dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, hängt maßgeblich von der Entwicklung der Erwerbsquoten und von der Zuwanderung ab. Sollte die Erwerbsquote auf dem gegenwärtigen Niveau verharren und Deutschland keine Wanderungsgewinne verzeichnen, läge das Arbeitskräfteangebot im Jahr 2050 bei unter 27 Millionen Menschen. Steigende Erwerbsquoten (55- bis 64-Jährige 75 Prozent, Frauen ziehen in allen Altersgruppen mit Männern gleich) und eine durchschnittliche Netto-Zuwanderung von 200.000 Menschen pro Jahr könnten den Rückgang jedoch auf 34,6 Millionen Erwerbspersonen abschwächen.

### Erfolgreiche Zuwanderungssteuerung in Kanada

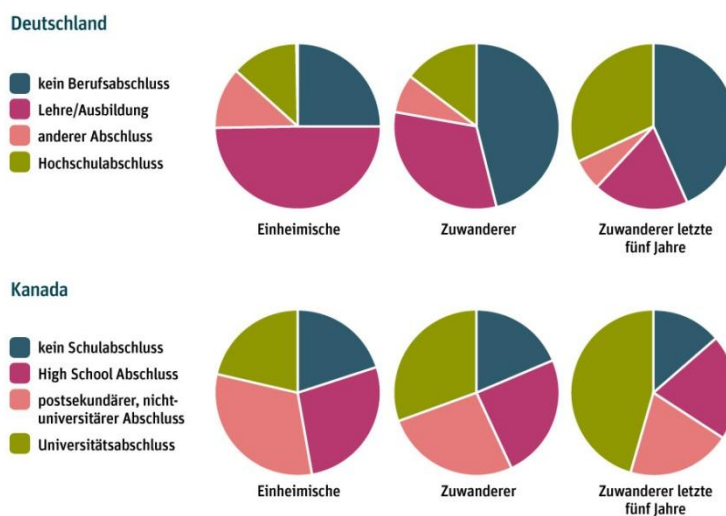
Bislang fällt die gesteuerte Zuwanderung von Arbeitskräften in Deutschland gering aus. Die Regelungen sind restriktiv und äußerst kompliziert. Generell gilt, dass nur derjenige einreisen darf, der über ein Jobangebot eines deutschen Arbeitgebers verfügt. Andere Länder verfolgen deutlich liberalere Strategien – unter anderem Kanada, das allein durch Zuwanderung jedes Jahr knapp ein Prozent seiner Bevölkerung hinzugewinnt. Mit einer am Humankapital der Zuwanderer orientierten Politik versucht das Land, den volkswirtschaftlichen Nutzen der Migration zu maximieren. Dies gelingt deutlich besser als in Deutschland. Während hierzulande 83,2 Prozent der einheimischen Bevölkerung zwischen 25 und 54 Jahren im Jahr 2009 erwerbstätig war, aber nur 68,7 Prozent der Zuwanderer, lagen die Zahlen in Kanada mit 82,2 beziehungsweise 74,9 Prozent weniger weit auseinander. Gerade Zuwanderung aus Nicht-EU-Staaten ist in Deutschland bislang nicht auf den Arbeitsmarkt abgestimmt. So waren 2009

nur 51,9 Prozent der in den letzten fünf Jahren zugewanderten Personen aus sogenannten Drittstaaten erwerbstätig.

## Zuwanderer in Kanada sind besser qualifiziert

Bildungs- beziehungsweise Berufsabschlüsse von über 14-jährigen Einheimischen und Zuwanderern in Deutschland (2009) und Kanada (2010)

Datengrundlage: Eigene Berechnungen auf Grundlage von: Statistisches Bundesamt; Statistics Canada



Zuwanderer in Deutschland und Kanada verfügen häufiger über einen Hochschulabschluss als die einheimische Bevölkerung – vor allem jene, die erst in den letzten Jahren ins Land gekommen sind. In Kanada besaßen 2010 etwa 45 Prozent der Menschen, die seit 2006 eingereist waren, einen Universitätsabschluss. Weiter 20 Prozent konnte eine abgeschlossene postsekundäre, nicht-universitäre Ausbildung vorweisen. In Deutschland liegt der Anteil der Hochqualifizierten etwas niedriger, und viele Zuwanderer sind anders als in Kanada gering oder gar nicht qualifiziert. Zuwanderer aus Nicht-EU-Staaten schneiden schlechter ab als der Durchschnitt.

Zentrales Element der kanadischen Zuwanderungspolitik ist das *Federal Skilled Worker Program*, welches seit 1967 Zuwanderer auf Grundlage ihrer Fähigkeiten und Kenntnisse nach einem Punktesystem auswählt. Nach vielen Reformen sind heute Sprachfähigkeiten und der Bildungsstand die wichtigsten Auswahlfaktoren. Mit ihnen können potenzielle Zuwanderer etwa zwei Drittel der benötigten Punkte einfahren. Des Weiteren verteilt die kanadische Regierung Punkte für die Berufserfahrung, das Alter, ein bestehendes Jobangebot sowie andere Faktoren wie die Bildung des Partners oder vorige Aufenthalte in Kanada.

Für Deutschland hätte ein Punktesystem neben seiner Effektivität darin, Hochqualifizierte ins Land zu bringen, einen zusätzlichen Vermarktungsvorteil. Potenzielle Zuwanderer würden Deutschland stärker als bislang als mögliches Wanderungsziel wahrnehmen. Zudem dürfte es wegen seines transparenten Auswahlmechanismus und wegen seiner volkswirtschaftlichen Vorteile auch in der einheimischen Bevölkerung eine vergleichsweise hohe Akzeptanz genießen.

Die Erfahrung Kanadas zeigt auch, dass ein Punktesystem nur ein Teil einer umfassenden Zuwanderungsstrategie sein kann. Durchschnittlich und gering qualifizierte Personen, die etwa im Pflegebereich tätig sind, hätten mit ihm keine Chance auf eine Aufenthaltsgenehmigung. Um auch diesen dringend benötigten Arbeitskräften die Einreise nach Deutschland zu ermöglichen, bietet sich eine zusätzliche über die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes gesteuerte Zuwanderungsvariante an, welche Interessierten mit bestehendem Jobangebot und bestandenem Arbeitsmarkttest zunächst eine vorläufige Aufenthaltsgenehmigung ausstellt.

Das Projekt wurde gefördert von

**Robert Bosch** Stiftung